

schaft einvernommen wof-

viel zu klein ist. Außerdem

gebelt. 33. 11. 2004

FRÜHLINGSWERKSTATT IN SPITAL/P.



Hochwertiges Wasser für jeden:
Jerry van den Bergen

„Wasser muss öffentliches Gut bleiben“

Europawahl. Die Landes-SPÖ will mehr Mitbestimmung der Menschen in der EU

VON JOSEF ERTL

Die Landes-SPÖ bereitet sich auf die Europawahl am 25. Mai vor. Dieses Wochenende trifft sie sich zur *Frühlingswerkstatt* im Naturfreundehotel in Spital am Pyhrn, um in sechs Workshops zum Thema *Europa und Demokratie* zu diskutieren. Einer der Gastreferenten ist der Niederländer Jerry van den Bergen (48), der als Lobbyist der Gewerkschaften in Brüssel tätig ist und sich für die Interessen der Arbeiter in den Elektrizitäts- und Wasserver-

sorgungsbetrieben einsetzt. Einer seiner Schwerpunkte ist der Kampf gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Gemeinsam mit anderen Initiativen hat er das Projekt *Right2Water* ins Leben gerufen. „Es ist unser Anliegen, dass jeder Mensch Zugang zu qualitativ hochwertigem Wasser hat.“ Wasser sei ein derart hochwertiges und wichtiges Gut, dass es im Besitz der öffentlichen Hand bleiben soll. Es müsse für jedermann zu jeder Zeit verfügbar sein. Es eigne sich nicht, damit die Gewinne von

Privatunternehmen zu maximieren. Die Kontrolle über das Wasser sollte letzten Endes in den Händen der Regierung sein. Ist es in den Händen von multinationalen Konzernen, verweigerten diese die Wasserversorgung, wenn die Bürger es nicht bezahlen könnten. Laut Van den Bergen müsse der Zugang genau umgekehrt sein. Zuerst habe jeder das Recht auf Wasser und Wasserversorgung. Natürlich müsse er dafür auch in einem zweiten Schritt auch zahlen.

Laut EU-Recht obliegt es

jedem Nationalstaat zu entscheiden, ob Wasser privatisiert wird oder nicht. Probleme gebe es in Teilen von Rumänien und Bulgarien. Die Menschen müssten dort zuerst teuer für den Bau der Wasserversorgung zahlen, damit Privatfirmen Leitungen bauen.

Probleme gebe es auch in Griechenland, wo die öffentliche Hand gezwungen sei, ihre Wasserversorgung an Private zu verkaufen, um so ihre Schulden abbauen zu können. Dies sei eine falsche Entwicklung, so van den Bergen.